

## Recherche-Ergebnisse

# Anteil der Beamten mit Migrationshintergrund in Polizei und Verfassungsschutz

(September 2014)

### Inhalt:

1. Einleitung
2. Die Ergebnisse
  - 2.1. Zusammenfassung: Anteil von Beamten mit Migrationshintergrund
  - 2.2. Zusammenfassung: Maßnahmen für interkulturelle Öffnung
3. Zahlen und Daten aufgeschlüsselt nach Ländern
4. Maßnahmen aufgeschlüsselt nach Ländern

**MEDIENDIENST INTEGRATION**

Schiffbauerdamm 40 | Raum 2107  
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80

mail@mediendienst-integration.de

## 1. EINLEITUNG

Seit 2011 die Mordserie des selbsternannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) bekannt wurde, sehen sich deutsche Behörden harschen Vorwürfen ausgesetzt: Sie seien bei den Ermittlungen „auf dem Rechten Auge blind“ gewesen und hätten keine interkulturelle Sensibilität im Umgang mit den Angehörigen an den Tag gelegt. Der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag forderte 2013 in seinem Bericht Konsequenzen aus der Affäre. Eine davon: Die Bemühungen, junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen, müssen verstärkt werden.<sup>1</sup>

Doch wie steht es um die sogenannte „interkulturelle Öffnung“? Um diese Frage zu beantworten ist der Mediendienst zwei Fragen nachgegangen:

1. Wie hoch ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den rund 250.000 Polizeibeamten in Deutschland und beim Verfassungsschutz?
2. Und was tun die Behörden, um mehr Vielfalt in ihrer Belegschaft zu sichern?

Der Mediendienst hat hierzu das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, alle 16 Landespolizeien und das Bundesamt sowie die Landesämter für Verfassungsschutz angefragt.

Zwar ist es in der Bundesrepublik aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht üblich, ethnische Zugehörigkeiten zu erfassen – die Statistik ermittelt nur die Staatsangehörigkeit – doch immer mehr Einrichtungen, Arbeitgeber und Behörden gehen dazu über, die Vielfalt unter den Mitarbeitern auf freiwilliger Basis abzufragen. Denn nur so können Fortschritte bei der „interkulturellen Öffnung“ erfasst werden.

Da es in den Ländern sehr unterschiedliche Arten der Erfassungen und Auswertung gibt (sofern es überhaupt welche gibt), kann die Zusammenstellung der Ergebnisse keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Umfragen geben nur ungefähre und keine vollständigen Angaben. Dennoch ist aus ihnen eine Entwicklung erkennbar.

### Definition von „Migrationshintergrund“

In dieser Recherche geht es ausdrücklich nicht um den Anteil von *Ausländern* im öffentlichen Dienst, sondern von Menschen aus Einwandererfamilien. Als „Person mit Migrationshintergrund“ (MH) werden statistisch alle Bürger erfasst, die nach 1949 in die heutige Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, sowie alle hier geborenen Ausländer. Auch Eingebürgerte gehören dazu, ebenso wie alle Deutschen mit mindestens einem zugewanderten oder ausländischen Elternteil.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800710.pdf> Seite 4.

## 2. DIE ERGEBNISSE

### 2.1. Zusammenfassung: Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund

Über den Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien im Polizeidienst und bei den Verfassungsschutzämtern lässt sich keine allgemeine Aussage treffen – er wird nicht konsequent erfasst. Einige Länder bieten jedoch Zahlen über Bewerber, Auszubildende oder sogar alle Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im Polizeidienst und beim Verfassungsschutz.

Fast immer deuten die Daten auf dringenden Handlungsbedarf hin:

Die Anteile der Mitarbeiter in der Polizei, die einen Migrationshintergrund aufweisen, entsprechen bei weitem nicht denen in der Bevölkerung. Allerdings zeigen die vorliegenden Recherche-Ergebnisse, dass der Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien kontinuierlich steigt – vor allem dort, wo Werbemaßnahmen und andere Bemühungen stattfinden.

#### Ergebnisse zur Polizei:

1. Lediglich drei Bundesländer verfügen über Analysen zum Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im gesamten Polizeidienst: Mecklenburg-Vorpommern (0,4 Prozent), Rheinland-Pfalz (2,5 Prozent) und Niedersachsen (3,2 Prozent).
2. Wie sich der Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien unter den *Bewerbern* und *Neueinstellungen* entwickelt hat, können immerhin sechs Länder beziffern: Hamburg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.
3. In diesen sechs Ländern laufen seit einigen Jahren Maßnahmen, um den Anteil von Nachwuchskräften aus Einwandererfamilien zu erhöhen. Wie die Statistik zeigt, führen sie (fast immer) zu einem (kontinuierlichen) Anstieg.
4. Zwei Bundesländer konnten den Anteil an *Bewerbern* mit Migrationshintergrund durch gezielte Maßnahmen so stark steigern, so dass er seit 2013 ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Das gilt für Berlin (32 Prozent der Bewerbungen) und Niedersachsen (17 Prozent).

#### Ergebnisse zum Verfassungsschutz:

Über die interkulturelle Öffnung beim Verfassungsschutz gibt es kaum Informationen. Im Bundesamt für Verfassungsschutz wird ebenso wie in zwölf Landesämtern nicht erfasst, wie hoch der Anteil der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ist. Ausnahmen bilden hier nur:

- Brandenburg („niemand mit Migrationshintergrund“),
- Hamburg (2,7 Prozent der Verfassungsschützer),
- Hessen (5,2 Prozent der Belegschaft) und
- Niedersachsen (4,1 Prozent).

## 2.2. Zusammenfassung: Maßnahmen für interkulturelle Öffnung

Die Bemühungen und Maßnahmen in den Bundesländern, den Anteil von Einwanderern und ihren Nachkommen zu erhöhen, sind sehr unterschiedlich.

### **Polizei**

Sowohl im Bund als auch in 12 von 16 Bundesländern wird bei der Polizei speziell um Nachwuchs und Personal mit Migrationshintergrund geworben. Allein Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sprechen Nachwuchs aus Einwandererfamilien nicht gezielt an. Von den neuen Bundesländern – Berlin ausgenommen – wirkt lediglich Sachsen-Anhalt in seiner Öffentlichkeitsarbeit gezielt darauf hin.

### **Verfassungsschutz**

Spezielle Werbemaßnahmen, um mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für den Verfassungsschutz zu gewinnen, finden weder beim Bundesamt noch in den 16 Landesbehörden statt. Mit Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Thüringen machten fünf Innenministerien zu dieser Frage gar keine konkreten Angaben. Gleichzeitig begrüßt sowohl im Bund als auch in verschiedenen Bundesländern der Verfassungsschutz Bewerbungen von Menschen aus Einwandererfamilien oder fordert sie konkret auf, sich zu bewerben.

Die Höhe des Aufwands ist in den Bundesländern allerdings sehr unterschiedlich: In vielen Bundesländern werden Werbematerialien mehrsprachig herausgegeben (Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein), Kooperationen mit Migrantenvereinen eingegangen (Berlin, Bremen, Saarland) und Einstellungsberater mit Migrationshintergrund eingesetzt (Hamburg, Saarland, Schleswig-Holstein). Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz arbeiten auch mit muslimischen Einrichtungen zusammen. Andere halten lediglich entsprechende Informationen auf ihrer Website bereit (Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen).

### 3. ANTEIL VON MITARBEITERN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND – aufgeschlüsselt nach Ländern

#### BUNDESEBENE

Migrationshintergrund in der gesamten Bevölkerung: 20,0 Prozent<sup>2</sup>

##### **Bundespolizei**

Keine Angaben.

##### **Bundeskriminalamt**

Keine Angaben.

##### **Bundesamt für Verfassungsschutz**

Keine Angaben.

Laut Bundesinnenministerium liegen keine Informationen über den Migrationshintergrund von Mitarbeitern im Bundeskriminalamt, beim Verfassungsschutz oder in der Bundespolizei vor.

Seit einigen Jahren wird allerdings ein Pilotprojekt für die Bundesverwaltung entwickelt, mit dem auf freiwilliger Basis und anonym Erhebungen in den Behörden durchgeführt werden. Ziel des Projekts ist es, verlässliche Daten über Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu erhalten, um die im Nationalen Aktionsplan Integration festgehaltenen Ziele und Fortschritte zu evaluieren. Das Projekt steht unter der Federführung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.<sup>3</sup> Das Bundesministerium des Inneren, das für wesentliche Integrationsthemen zuständige ist, hat bislang keine Erhebungen auf dieser Basis durchgeführt.

#### BRANDENBURG

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 5,8 Prozent<sup>4</sup>

##### **Polizei**

Keine Gesamtangaben zu Polizeibeamten mit Migrationshintergrund laut brandenburgischem Innenministerium. Bekannt ist: Zum Stichtag 01. Dezember 2013 arbeiteten 60 Polizeibeamte bei der Brandenburger Polizei, „die nicht in Deutschland geboren wurden“. Das entspricht einem Anteil von 0,9 Prozent aller brandenburgischen Polizeibeamten (insgesamt 7.050). In den Jahren 2008 bis 2013 wurden 23 *Polizeianwärter* „mit Migrationshintergrund“ *eingestellt*, bei insgesamt 1.023 Anwärtern entspricht das 2,2 Prozent aller Neueinstiege bei der brandenburgischen Polizei.

##### **Verfassungsschutz**

In der Abteilungen Verfassungsschutz ist laut Brandenburgischem Innenministerium „gegenwärtig niemand mit einem Migrationshintergrund beschäftigt“.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>3</sup> <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2012/12/oecd-studie.html>

<sup>4</sup> Mikrozensus 2012, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

## BADEN-WÜRTTEMBERG

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 26,7 Prozent<sup>5</sup>

### Polizei

Keine Angaben zu allen Mitarbeitern. Im Polizeidienst wird seit 2009 mit einer anonymisierten Befragung auf freiwilliger Basis unter den *Bewerbern* und Auszubildenden erhoben, wie hoch der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist: Zum Jahresende 2012 lag er bei 16,3 Prozent. Für 2013 und 2014 gibt es „aufgrund der geringen Rücklaufquote der Fragebögen“ keine konkreten Angaben. Man könne lediglich festhalten, „dass der Anteil von *Bewerbern* mit Migrationshintergrund deutlich über 20 Prozent liegt“.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

## BAYERN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 20,0 Prozent<sup>6</sup>

### Polizei

Keine Angaben.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

## HESSEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 25,9 Prozent<sup>7</sup>

### Polizei

Keine Gesamterhebung zu Beamten mit Migrationshintergrund im Polizeidienst. Auch bei den *Bewerbern* ist unklar, wie viele Menschen aus Einwandererfamilien Interesse bekunden. Seit 2010 können lediglich Auszubildende im Rahmen einer freiwilligen Befragung angeben, ob sie über einen Migrationshintergrund verfügen. Die Ergebnisse zum Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den hessischen *Polizeianwärtlern*:

2011: 11,8 Prozent

2012: 13,3 Prozent

2013: 16,6 Prozent

### Verfassungsschutz

Derzeit sind beim Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 13 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt. Bei rund 250 Mitarbeitern entspricht das 5,2 Prozent der Belegschaft.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>8</sup> Quelle: [http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/LfV\\_Internet?cid=9335b73e83e6db88b455a2c97f415f0b](http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/LfV_Internet?cid=9335b73e83e6db88b455a2c97f415f0b)

## BERLIN

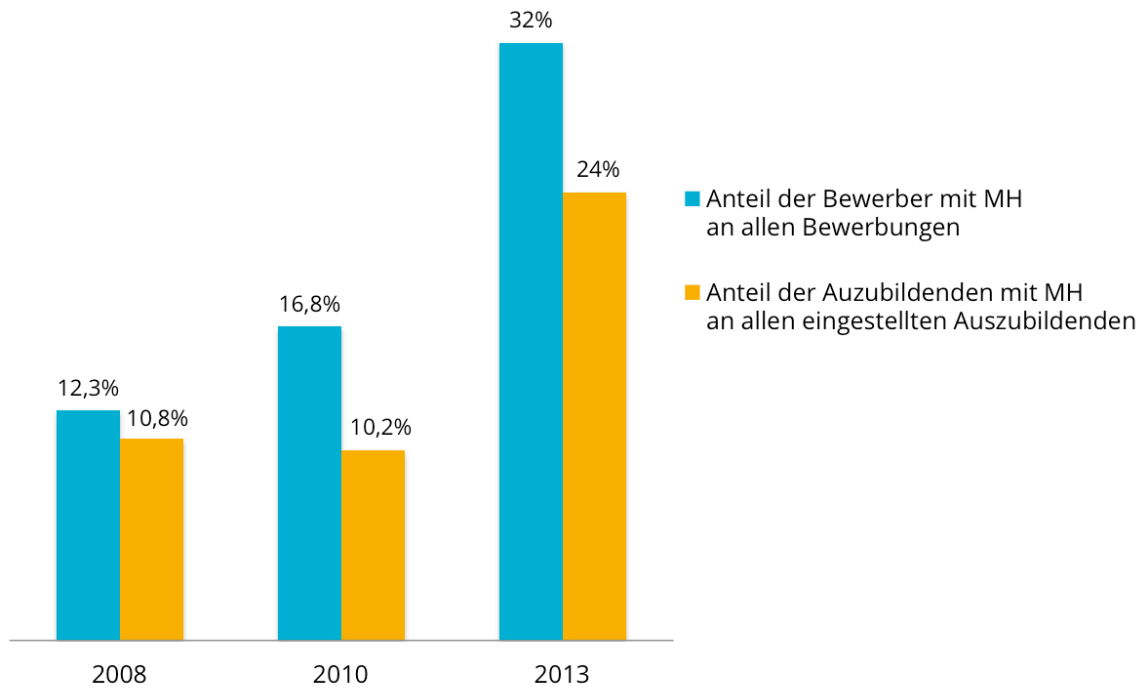
Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 25,8 Prozent<sup>9</sup>

### Polizei

Keine Gesamterhebung. Bei Bewerbungen und Neueinstellungen in den Polizeibehörden gibt es jedoch seit 2006 die Möglichkeit, eine freiwillige Angabe über einen Migrationshintergrund zu machen. Die Aufstellung zeigt, dass sich die Zahlen seither mehr als verdoppelt haben.

Hatten im Auswahlverfahren 2008 noch lediglich 13 Prozent der *Bewerber* für den mittleren Dienst einen Migrationshintergrund angegeben (1.056 *Bewerber*), taten dies fünf Jahre später bereits 32 Prozent (3.526 *Bewerber*). Für den gehobenen Dienst der Schutzpolizei haben sich 2013 demnach 25 Prozent Menschen aus Einwandererfamilien beworben und 23 Prozent bei der Kriminalpolizei.

### Berliner Schutzpolizei: Bewerber und eingestellte Auszubildende mit Migrationshintergrund (mittlerer Dienst)



Quelle: Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, 2014 © Mediendienst Integration

### Verfassungsschutz

Es liegen keine Erhebungen vor. „Der Berliner Verfassungsschutz beschäftigt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und fordert in jeder Stellenausschreibung diese Menschen ausdrücklich auf, sich zu bewerben.“

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

## BREMEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 28,7 Prozent<sup>10</sup>

### Polizei

Keine Gesamterhebung. Aufgrund von freiwilligen Angaben lassen sich lediglich Aussagen über *Neueinstellungen* unter Auszubildenden *Polizeikommissar-Anwärtern* treffen: Von 2007 bis 2013 hat die Polizei Bremen 600 Anwärter *eingestellt*, davon gaben 52 einen Migrationshintergrund an.

#### Polizei Bremen: Kommissaranwärter mit Migrationshintergrund

Anwärter Polizeikommissar	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Einstellungen</b>	<b>78</b>	<b>79</b>	<b>105</b>	<b>120</b>	<b>128</b>	<b>40</b>	<b>50</b>
<b>davon mit MH absolut</b>	15	4	9	3	12	6	3
<b>davon mit MH in Prozent</b>	19,0	5,0	9,0	2,5	9,0	15,0	6,0

Quelle: Senator für Inneres und Sport Bremen, freiwillige Angaben; Tabelle: Mediendienst Integration, 2014

### Verfassungsschutz

Keine Angaben zum Anteil der Belegschaft mit MH. Außer: Seit 2008 hat das Landesamt sechs neue Mitarbeiter eingestellt, zwei davon mit Migrationshintergrund (insgesamt verfügt der Bremer Verfassungsschutz über 46 Stellen).

## NIEDERSACHSEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 17,8 Prozent<sup>11</sup>

### Polizei

In der Polizei Niedersachsen versehen 570 Polizeivollzugsbeamte mit Migrationshintergrund ihren Dienst. Insgesamt haben über 770 der rund 24.000 Polizeibesetzten in Niedersachsen einen Migrationshintergrund. Das entspricht 3,2 Prozent aller Polizeibesetzten.

Der Anteil der *Bewerber* mit Migrationshintergrund entsprach 2008 noch rund 9 Prozent, steigerte sich in den folgenden Jahren und liegt 2013 bei über 17 Prozent. Ähnlich verhält es sich bei den *Einstellungen der Polizeianwärter* mit Migrationshintergrund: Ihr Anteil stieg von rund vier Prozent aller Polizeianwärter in 2008 auf 11,3 Prozent in 2013.

### Verfassungsschutz

Keine statistische Erfassung, also ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Nach aktuellem Kenntnisstand arbeiten insgesamt 12 Mitarbeiter mit MH in der Verfassungsschutzabteilung. Bei rund 290 Beamten und Beschäftigten entspricht das 4,1 Prozent der Belegschaft im niedersächsischen Verfassungsschutz.

<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>11</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.



## HAMBURG

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 27,5 Prozent<sup>12</sup>

### Polizei

Keine Gesamterhebung zu allen Mitarbeitern. Die Innenbehörde der Hansestadt erhebt jedoch mit freiwilligen Abfragen Daten zu *Bewerbern* und eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Hamburger Polizei. Demnach sind in beiden Bereichen die Anteile der „Migrationshintergründer“ zwischen 2008 und 2013 gestiegen.

### Polizeiausbildung Hamburg: Bewerber und Eingestellte mit Migrationshintergrund

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Bewerbungen</b>	<b>3.641</b>	<b>4.294</b>	<b>3.981</b>	<b>5.678</b>	<b>5.569</b>	<b>4.709</b>
davon mit MH absolut	601	717	672	1.037	1.059	962
davon mit MH in Prozent	16,5	16,7	16,9	18,3	19	20,4
<b>Einstellungen</b>	<b>178</b>	<b>183</b>	<b>202</b>	<b>238</b>	<b>261</b>	<b>252</b>
davon mit MH absolut	19	17	20	26	42	34
davon mit MH in Prozent	10,7	9,3	9,9	10,9	16,1	13,5

Quelle: Behörde für Inneres und Sport Hamburg, 2014; Tabelle: Mediendienst Integration

### Verfassungsschutz

Beim Landesamt für Verfassungsschutz sind vier Mitarbeiter aus Einwandererfamilien beschäftigt. Bei 150 Stellen entspricht das 2,7 Prozent.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 3,8 Prozent<sup>13</sup>

### Polizei

Seit 1995 betrug der Anteil aller „Polizeivollzugsbeamten“ mit Migrationshintergrund durchschnittlich weniger als 0,1 Prozent. Rechnerisch wurden durchschnittlich zwei Interessenten pro Jahr aus Einwandererfamilien eingestellt (etwa 1,8 Prozent der jährlichen *Einstellungen*). Derzeit sind im Polizeivollzugsdienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern 19 Polizeivollzugsbeamte mit Migrationshintergrund erfasst, davon befinden sich noch zwei in der Ausbildung. Bei insgesamt 5.050 Beamten entspricht das 0,4 Prozent der Beamten.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben. „Über die personelle Zusammensetzung der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums wird grundsätzlich keine öffentliche Auskunft erteilt.“

<sup>12</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>13</sup> Sonder-Auswertung des Zensus 2011, Seite 9: [http://service.mvnet.de/statmv/zensus/Tabellen/BEV/13\\_BEV.pdf](http://service.mvnet.de/statmv/zensus/Tabellen/BEV/13_BEV.pdf)

## NORDRHEIN-WESTFALEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 24,7 Prozent<sup>14</sup>

### Polizei

NRW verfügt über keine Gesamterhebung. Allerdings liegen seit 2008 Angaben für *Bewerber* und *Einstellungen* von Menschen aus Einwandererfamilien in den gehobenen Polizeidienst vor.<sup>15</sup>

### Polizeiausbildung Nordrhein-Westfalen: Bewerber und Eingestellte mit Migrationshintergrund

(gehobener Dienst)	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Bewerbungen</b>	<b>9.193</b>	<b>6.424</b>	<b>7.088</b>	<b>7.527</b>	<b>8.252</b>	<b>8.655</b>
davon mit MH absolut	1415	829	1267	1.439	1.757	1413
davon mit MH in Prozent	15,4	12,9	17,9	19,1	21,3	16,3
<b>Einstellungen</b>	<b>1100</b>	<b>1100</b>	<b>1100</b>	<b>1400</b>	<b>1400</b>	<b>1.477</b>
davon mit MH absolut	68	58	124	143	161	131
davon mit MH in Prozent	6,2	5,3	11,3	10,2	11,5	8,9

Quelle: Landesregierung NRW, Drucksache 16/4244 von 2013; eigene Anfrage. Tabelle: Mediendienst Integration

### Verfassungsschutz

Keine Erfassung und daher konkreten Angaben, außer: „Beim Verfassungsschutz sind auch Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt.“

## SACHSEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 4,3 Prozent<sup>16</sup>

### Polizei

Keine Angaben: Die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung im Freistaat Sachsen ist nicht bekannt.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012.

<sup>15</sup> Zahlen für 2008 bis 2012: <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-4244.pdf?von=0&bis=0> und für 2013: direkte Antwort vom NRW-Innenministerium.

<sup>16</sup> Zensus 2011 – Fakten zur Bevölkerung in Deutschland: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/169557/themengrafik-demografische-merkmale>

## Sachsen-Anhalt

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 3,5 Prozent<sup>17</sup>

### Polizei

Keine Datenerhebung, keine Angaben.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

## RHEINLAND-PFALZ

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 19,6 Prozent<sup>18</sup>

### Polizei

Nach einer (erstmaligen) Erhebung von Dezember 2013 bei den Behörden und Einrichtungen verfügen insgesamt 230 Beamte der rheinland-pfälzischen Polizei über einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 2,5 Prozent aller Beamten im Polizeidienst.

### Verfassungsschutz

Keine konkreten Angaben. Seit den „Ereignissen des 11. Septembers 2001 stellt die Verfassungsschutzbehörde gezielt Bewerber mit Migrationshintergrund ein“. Genaue Angaben können aus „grundsätzlichen Erwägungen“ nicht gemacht werden.

## SAARLAND

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 18,3 Prozent<sup>19</sup>

### Polizei

2013 wurde erstmals bei allen Bediensteten der saarländischen Polizei ein möglicher Migrationshintergrund auf freiwilliger Basis erfragt. Der Rücklauf bei der Erhebung war jedoch so gering, dass kein aussagekräftiges Ergebnis hinsichtlich des tatsächlichen Migrationsanteils erzielt werden konnte.

Bei den *Bewerbern* für den gehobenen Polizeivollzugsdienst werden seit dem Einstellungsauswahlverfahren 2012 freiwillige Angaben zum Migrationshintergrund ausgewertet. Demnach liegt der Migrationsanteil bei 9 Prozent.

### Verfassungsschutz

Zum Verfassungsschutz liegen keine Erhebungen vor.

<sup>17</sup> [Zensus 2011 – Fakten zur Bevölkerung in Deutschland: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/169557/themengrafik-demografische-merkmale>](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/169557/themengrafik-demografische-merkmale)

<sup>18</sup> [Statistisches Bundesamt](#), Mikrozensus 2012.

<sup>19</sup> [Statistisches Bundesamt](#), Mikrozensus 2012.

## THÜRINGEN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 3,3 Prozent<sup>20</sup>

### Polizei

Keine Angaben.

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Migrationshintergrund in der Bevölkerung: 12,8 Prozent<sup>21</sup>

### Polizei

Keine Gesamterhebung zu Beamten mit Migrationshintergrund im Polizeidienst. Allerdings können Aussagen über den Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien unter den *Bewerbungen* und *Einstellungen* getroffen werden:

#### Polizeiausbildung Schleswig-Holstein: Bewerber und Eingestellte mit Migrationshintergrund

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Bewerbungen</b>	<b>3.132</b>	<b>3.134</b>	<b>3.304</b>	<b>3.084</b>	<b>2.549</b>	<b>2.776</b>
davon mit MH absolut	60	31	172	235	162	181
davon mit MH in Prozent	1,9	1,0	5,2	7,6	6,3	6,5
<b>Einstellungen</b>	<b>144</b>	<b>140</b>	<b>200</b>	<b>170</b>	<b>210</b>	<b>235</b>
davon mit MH absolut	6	9	8	11	14	13
davon mit MH in Prozent	4,1	6,4	4,0	6,4	6,6	5,5

Quelle: Innenministerium Schleswig-Holstein, 2014; Tabelle: Mediendienst Integration

### Verfassungsschutz

Keine Angaben.

<sup>20</sup> Ebd. Zensus 2011

<sup>21</sup> [Statistisches Bundesamt](#), Mikrozensus 2012.

## 4. WER BEMÜHT SICH (WIE) UM INTERKULTURELLE ÖFFNUNG?

### BUND

#### **Bundespolizei**

Auf interkulturelle Kompetenz werde aufgrund der Tätigkeiten im In- und Ausland und „im Hinblick auf die demografische Entwicklung“ wert gelegt. Die Bundespolizei sei bestrebt, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Um dies zu erreichen, wurden „Werbemaßnahmen verstärkt und die Anzahl von Einstellungsberatern erhöht“. An den Dienststellen der Flughäfen Frankfurt/Main<sup>22</sup> und München<sup>23</sup> laufen seit mehreren Jahren Pilotprojekte, „die sich unter Einbindung der Migrantenselbstorganisationen ausdrücklich an junge Migrantinnen und Migranten richten und für eine Tätigkeit bei der Bundespolizei werben“.

#### **Bundeskriminalamt**

Um den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, befinden sich mehrere Maßnahmen in Vorbereitung oder wurden bereits umgesetzt. Dazu gehören etwa „Kooperationen mit Schulen, die einen erhöhten Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund aufweisen“ und die „Erweiterung der Fortbildungsmaßnahmen zum Thema Interkulturelle Kompetenz“.

#### **Bundesamt für Verfassungsschutz**

Keine konkreten Projekte. Aber das BfV begrüßt in Stellenausschreibungen ausdrücklich „Bewerbungen von Menschen aller Nationen“. Werden Mitarbeiter „mit sehr guten Fremdsprachenkenntnissen gesucht“, wird auch „auf Muttersprachler hingewiesen“.

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Über besondere Werbemaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund informierte das Innenministerium nicht. Auf der zentralen Internetseite für Informationen über den Polizeiberuf finden sich unter dem Punkt „Kulturelle Vielfalt“ Hinweise über die Voraussetzungen (etwa: „Du hältst Dich seit mindestens 10 Jahren legal in Deutschland auf“)<sup>24</sup> und Erfahrungsberichte von Beamten mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig betont das baden-württembergische

<sup>22</sup> <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Clearingstelle/Projekte/projekte-detailansicht-node.html?sortString=%2Baudience&projectDataId=883>

<sup>23</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Archiv-Loeschen/Archiv/2013-01-08-charta-bundespolizei.html>

<sup>24</sup> <http://www.polizei-der-beruf.de/index.php/kulturelle-vielfalt/#voraussetzungen>

Innenministerium, dass „bei der Nachwuchswerbung seit zweieinhalb Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Gewinnung von Personen mit Migrationshintergrund“ gelegt wird.

## BAYERN

Das Innenministerium nennt keine konkreten Projekte sondern verweist lediglich auf Medienberichte – etwa in türkischen Zeitungen – zum Thema „Migrationshintergrund und Ausländer bei der Bayerischen Polizei“. Darüber hinaus sei es die Aufgabe der Einstellungsberater, „alle engagierten jungen Menschen in den Schulen, auf Berufsmessen und in persönlichen Gesprächen unabhängig von ihrer Herkunft für den Polizeiberuf zu begeistern“.

## BERLIN

### Polizei

Der Senat achte darauf, dass bei Bildern zur Öffentlichkeitsarbeit Diversität gezeigt werde. Zu Jugend- und Berufsfindungsmessen werden Beamte mit Migrationshintergrund als Vorbilder hinzugezogen. Um den Anteil von Menschen aus Einwandererfamilien zu erhöhen, wird unter anderem mit BQN (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin)<sup>25</sup>, türkischen Migrantenvereinen und dem BildungsWerk Kreuzberg (BWK)<sup>26</sup> kooperiert. Derzeit beinhaltet der Eignungstest die Sprachen Englisch, Türkisch, Polnisch, Arabisch, Russisch, Spanisch und Französisch.<sup>27</sup>

### Verfassungsschutz

Keine Werbemaßnahmen. Der Verfassungsschutz fordert Menschen mit Migrationshintergrund in Stellenausschreibungen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

## BRANDENBURG

### Polizei und Verfassungsschutz

Eine flächendeckend gezielte Werbung von Personen mit Migrationshintergrund findet nicht statt.

## BREMEN

### Polizei

Stellenausschreibungen der Polizei werden in türkischer Sprache veröffentlicht, es gibt Kooperationen mit dem Türkischen Elternverein e.V. und der Türkischen Gemeinde. Die Polizei hat einen Integrationsbeauftragten, der die Nachwuchsbewerbung unterstützt.

### Verfassungsschutz

Keine konkreten Angaben.

## HESSEN

<sup>25</sup> <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20140514.1000.397194.html>

<sup>26</sup> <http://www.bwk-berlin.de/berufsvorbereitung/polizei/polizei.html>

<sup>27</sup> <http://www.berlin.de/polizei/beruf/polizist-polizistin-werden/bewerbung-einstellung/#pruefung>

**Polizei**

Die hessische Polizei hat einen Migrationsbeauftragten, der mit den Einstellungsberatern gezielt Menschen mit Migrationshintergrund anspricht. Dafür gehen sie in Schulen sowie Kultur- und Sportvereinen mit hohem Migrantenanteil. Auch mit einzelnen Medien, wie der in Türkisch erscheinenden Hürriyet, fanden Kooperationen statt. Das Informationsmaterial für Polizeianwärter liegt in verschiedenen Sprachen vor.

**Verfassungsschutz**

Hier gibt es keine speziellen Maßnahmen.

**HAMBURG****Polizei**

Die Polizei setzt drei Mitarbeiterinnen – davon zwei mit Migrationshintergrund – ein, die gezielt in der Beratung und Sachbearbeitung dafür tätig sind, mehr Menschen aus Einwandererfamilien für den Polizeidienst zu interessieren. In der Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“ werden in Werbematerialien Polizeibeamte mit Migrationshintergrund gezeigt, auch auf der Internetseite spricht man die Gruppe gezielt an. Dazu gibt es mehrsprachige Informationsflyer, Berufsinformationsveranstaltungen in Schulen und Kooperationen mit fremdsprachigen Printmedien.

**Verfassungsschutz**

Keine konkreten Angaben.

**MECKLENBURG-VORPOMMERN****Polizei und Verfassungsschutz**

„Aufgrund des geringen Ausländeranteils“ wurde bisher keine Notwendigkeit für gesonderte Maßnahmen gesehen.

**NIEDERSACHSEN****Polizei**

Die niedersächsische Polizei hat in den letzten Jahren zahlreiche gezielte Werbemaßnahmen durchgeführt, um junge Menschen mit Migrationshintergrund für ihre Behörden zu gewinnen. Manche der Aktionen richteten sich auch an die Eltern der Zielgruppe.

So achtet sie bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf, junge Frauen und Männer einzubeziehen, die einen erkennbaren Migrationshintergrund haben. Speziell für diese Zielgruppe(n) wurden außerdem Informationstage und Schwerpunktveranstaltungen durchgeführt und ein mehrsprachiger Internet-Auftritt der Polizeiakademie eingerichtet. Auch das Personalgewinnungsverfahren für den Polizeivollzugsdienst in Niedersachsen wurde „kulturneutral und chancengleich“ gestaltet. Seit 2007 gibt es einen eigenen Beratungsservice für diese Bewerbergruppe, um durch einen persönlichen Kontakt einen positiven Zugang zum

Berufsbild der Polizei zu schaffen, Berührungängste abzubauen und Sicherheit für das bevorstehende Testverfahren zu vermitteln.

### **Verfassungsschutz**

Keine Angaben zu konkreten Maßnahmen. Im Landesamt finde jedoch gerade ein Reformprozess statt, in dem auch „auf eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz des Verfassungsschutzes Wert gelegt“ werde, was durch „Personalauswahl als auch Aus- und Fortbildung“ realisiert werden soll.

## **NORDRHEIN-WESTFALEN**

### **Polizei**

Um Menschen mit Migrationshintergrund für den Dienst innerhalb der Polizei zu gewinnen, werden sie mit Werbemaßnahmen gezielt angesprochen.<sup>28</sup> Da Bewerber mit türkischem Migrationshintergrund die größte Gruppe darstellen, richtet die Polizei ihr Augenmerk besonders auf diese Gruppe. Kontaktbeamte in den Kreispolizeibehörden gehen auf muslimische Vereine zu, um ins Gespräch zu kommen und vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen. Daneben finden landesweit Veranstaltungen u.a. in Schulen, Vereinen und Berufsinformationszentren statt. Informationsflyer auf Deutsch und Türkisch richten sich an junge Menschen, aber auch an Eltern und Entscheidungsträger in Vereinen. Auf Plakaten wird der Slogan „Integration – unser Alltag“ als Kernaussage und Wiedererkennungsfaktor eingesetzt. Die Polizei verfolgt eine Strategie auf drei Ebenen der Polizei-Organisation: vor Ort durch die einzelnen Kreispolizeibehörden, regional durch die Einstellungs- und Ausbildungsbehörden und zentral durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP NRW).

### **Verfassungsschutz**

In der Öffentlichkeitsarbeit werden vereinzelt mehrsprachige Veröffentlichungen eingesetzt.

## **RHEINLAND-PFALZ**

### **Polizei**

Auch Rheinland-Pfalz wirbt für mehr „Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund“ im Polizeidienst. Mit mehrsprachigen Informationsbroschüren sollen „die Rahmenbedingungen, Ausbildung, Chancen und Möglichkeiten im Detail verdeutlicht werden“. Seit 2011 gäbe es interkulturelle Werbeveranstaltungen, bei denen die landesweiten Beiräte für Migration und Integration einbezogen werden.

### **Verfassungsschutz**

Hier gibt es keine speziellen Maßnahmen.

<sup>28</sup> Landtag Nordrhein-Westfalen, [Drucksache 16/4043](#): „Nachwuchskräfte mit Zuwanderungsgeschichte für die Polizei NRW“



## SAARLAND

### Polizei

Auch im Saarland will man den Anteil der Angestellten mit Migrationshintergrund gezielt erhöhen. Dazu wurden Berater mit Migrationshintergrund eingestellt und Informationsveranstaltungen durchgeführt, die sich speziell an die Zielgruppe richten. Zudem wird in Publikationen und in Veröffentlichungen von Dritten auf das Thema hingewiesen und geworben.

### Verfassungsschutz

Hier gibt es keine speziellen Maßnahmen.

## SACHSEN

### Polizei und Verfassungsschutz

Spezielle Maßnahmen, um Menschen mit Migrationshintergrund für die Polizei bzw. den Verfassungsschutz zu gewinnen, gibt es nicht.

## SACHSEN-ANHALT

### Polizei

Die Polizei wirbt aktiv für mehr Menschen aus Einwandererfamilien im Dienst. So wird die Zielgruppe in der Öffentlichkeitsarbeit, in Ausschreibungstexten und auf Veranstaltungen direkt angesprochen.

### Verfassungsschutz

Hier gibt es keine speziellen Maßnahmen.

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Polizei

Seit 2008 sind ein hauptamtlicher türkischstämmiger Nachwuchswerber und mehrere nebenamtliche Einstellungsberater mit Migrationshintergrund im Einsatz. Zudem bestehen intensive Kontakte zur Türkischen Gemeinde Schleswig-Holsteins, mit der gemeinsame Treffen und Veranstaltungen zur Nachwuchsgewinnung stattfinden. Auch Werbematerial wird zum Beispiel auf Türkisch erstellt und ausgegeben. Die Internetseite weist auf die Einstellung „nichtdeutscher Bewerber/innen in die Landespolizei“ hin.

### Verfassungsschutz

Hier gibt es keine speziellen Maßnahmen.

## THÜRINGEN

### Polizei und Verfassungsschutz

Das Bundesland hat keine Angaben über spezifische Maßnahmen gemacht.